

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

230 (20.8.1919) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei im
Haus 1.00 Mk. monatlich
überall 1.20 Mk. an
den Ausgabestellen ab-
gerechnet 1.80 Mk.
Auswärts durch
die Post frei in
Deutschland 2.00 Mk.
Ausland 2.50 Mk.
Einschreibungs-
nummer 10 Wfa.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Hilferstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Karlsruhe
Die Badische Morgenpost
ersch. täglich 1.00 Mk.
auf die Briefe
50% Ermäßigung
Kassa nach Karlsruher
Anzeigen-Verzeichnis
bis 15 Uhr mittags
Kleinere Anzeigen nach
bis 4 Uhr nachmittags
Anzeigen-Verzeichnis
bis 1.00 Uhr
Karlsruhe Nr. 20 u. 294.

Verantwortlich: Anton Resper; verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Votales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerdard; für Karlsruhe: Carl Seiffert; für Sverate Paul Kaufmann. Druck und Verlag: C. F. W. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Verleger: Dr. Gustav Gerdard, Friedemann, Fregestraße 65/66, Teleph.-Amt 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abdruckung erlaubt, wenn Vorwort beifolgt ist.

116. Jahrg. Nr. 230. Mittwoch, den 20. August 1919 Erstes Blatt.

Englische Handelschwierigkeiten im besetzten Gebiet.

Ein Sonderberichterstatter des „Financier“ schreibt unterm 6. Aug. in einem interessanten Aufsatz, wie die Franzosen in dem besetzten Gebiet den Engländern in der Ausführung von Handelsbeziehungen mit Deutschland abzuwehren suchen. Auf die dem Friedensschluß vorangehende Zeit zurückweisend, beschränkt er, wie die Engländer sich anfangs weigerten, mit Deutschland wieder Handel zu treiben, wie sie aber allmählich erkannten, daß nur durch die Wiederanbahnung von geschäftlichen Beziehungen Deutschland überhaupt in die Lage versetzt werden kann, seinen ihm durch den Friedensvertrag auferlegten finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die volle Erkenntnis dieser Tatsache brach sich indes bei den Engländern erst Bahn, nachdem sie einige Zeit in dem von ihnen besetzten Gebiet Deutschlands beweist hatten, trotzdem die englische Regierung bereits im März dieses Jahres die Erlaubnis zur Wiederaufnahme des Handels mit dem linken Rheinufer erteilt hatte, allerdings mit so vielen Einschränkungen und Komplikationen, daß nur wenige britische Kaufleute Lust verspürten, von der ihnen eingeräumten Freiheit Gebrauch zu machen. Nach diesen einleitenden Ausführungen erachtet es der Berichterstatter für seine Pflicht, nach seiner soeben aus Köln erhaltene Mittheilung über den tatsächlichen Stand der Dinge zu informieren. „Damit ihnen an die Verhältnisse und den Deutschen große Gewinne erzielt werden.“

Wir entnehmen seiner Beschreibung der im besetzten Gebiet herrschenden Zustände folgende Einzelheiten: Als die Engländer nach ihrer Erlaubnis nach Köln kamen, fanden sie, daß die Franzosen ihnen bereits seit Wochen abzuwehren waren und den Markt mit ihren Erzeugnissen überfüllt hatten. Am April und Mai gelang es den Engländern, trotzdem noch, auf Geschäfte zu machen, und sie waren daher imstande, die Einkäufe des vollen Wertes der ihnen erteilten Bestellungen in £ und Gulden durchzuführen. Als die Nachricht von diesem günstigen Stand der Dinge nach England gelangte, beantragte die Geschäftsleute die Entsendung von Reisenden, leider ist es nun, wenn die Franzosen diesen nicht insofern gestattet. Die englische Regierung teilte dem Militärkommando eine wirtschaftliche Mitteilung an, die alles tat, um den britischen Handel nach Köln zu unterstützen, indem sie überließ den britischen Behörden, daß an der Spitze dieser Abteilung an Stelle eines Bureauführers ein tüchtiger, im Geschäftsleben stehender Kaufmann benannt war, der die Marktverhältnisse studieren und die Bestimmungen durch adäquate Auskünfte und statistisches Material auf dem laufenden halten sollte. Dazu kam, daß infolge der sich der Kontrolle der Regierung entziehenden Verhältnisse die französischen Auktionen in der Anlieferung der besetzten Waren zu verzögern waren. Als englische Reisende in Köln eintrafen, wurde ihnen der Besuch, daß in England lauernde Waren für Terminlieferung kein Interesse hätten, daß aber für an Ort und Stelle verführbare Bestände sofortige Abnahme erfolgen werde. Daraufhin veranlaßten die Reisenden natürlich ihr Haus in England, große Warenbestände als Konsumationswaren nach Köln zu senden: Seife, Pfeffer, Baumwolle und Wollewaren, Unterwäsche, Stoffe usw. trafen in großen Mengen ein. Diese Waren blieben auf bisher noch unangelegte Weise zwei volle Monate unterwegs, und als sie endlich eintrafen, konnten die Ladungen infolge Überfüllung des Kölner Hafens nicht abgeholt werden.

Der Deutsche hat jetzt natürlich die Situation voll erkannt und laßt nicht, und der englische Händler läßt mit seinen unvollständigen Warenbeständen, die für deren Aufhebung er Anstrengungen, Verordnungen und so weiter, erkennen weiß, daß das besetzte Gebiet mit Waren überfüllt ist, und wachsend, weil die Unkenntnis der Preise weiter herabgedrückt werden, was nach der Umwandlung tritt, daß die englischen Verkäufer annehmen sein werden. Abnahmen in deutscher Währung entzogen werden.

Allenfalls lebte man in der Annahme, daß sich bei Aufhebung der Blockade von Seiten der Reichsmächte ein großer Nachfrage nach Waren aller Art geltend machen würde. Soweit deutsche Kaufleute in Frage kommen, waren diese Erwartungen zweifellos richtig, aber die deutsche Regierung weigert sich mit vollem Recht, eine uneingeschränkte Einfuhr zu gestatten, da dadurch der Wert der Mark nicht weiter herabgedrückt würde. Der Gang der Geschichte wird weiter abgemittelt durch das in Deutschland in Kraft befindliche Devisengesetz, demzufolge alle Zahlungen in ausländischer Währung durch die Reichsbank genehmigt werden müssen. Daher kommt es, daß das ansehnlich gestiegene Geschäft sich in sehr beschränkten Grenzen bewegt. In der Zeit hat es den Anschein, als ob es noch auf lange hinaus abfolgt unumwunden sein wird, mit den Mittelmächten Handel zu treiben, es sei denn auf Grundlage weit ausgedehnter Kredite, und im Hinblick auf die gegenwärtige unglückliche Lage der Verhältnisse in Deutschland könnte eine solche Geschäftsvorfahrt nur unter sehr unvorteilhaften Bedingungen empfohlen werden.

Wenn der Markt einen ihm ist, so laßt der Berichterstatter, abgesehen der Deutsche irrenden Botschaft, um seine Bestellungen an annullieren, wenn keine Sicherheiten hinterlegt worden sind, wird keine Erfüllung der Waren versucht, die Zahlungen einmündig, unter dem Vorbehalt, daß es unmöglich sei, sich ausländische Währung zu verschaffen, um auf diese Weise inaktive Kredite durchzuführen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß mit Ausnahme der Kriegsgewinnler die Deutschen arm sind, und da der niedrige Geldkurs sie in sehr starkem Maße benachteiligt, kann die Bevölkerung nur in ganz beschränktem Umfang kaufen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen, die ihm durch den Friedensvertrag auferlegt worden sind, zu entsagen versucht. Unter den Bedingungen des Vertrags war Deutschland die Erhöhung der Rente auf einen Zeitraum von 6 Monaten unterliegend, jedoch der britische Händler sich in dieser Hinsicht vollkommen sicher fühlte. Unter wörtlicher Einführung einer in der „Nationalen Volkszeitung“ vom 27. Juli veröffentlichten Bekanntmachung weist der Berichterstatter des englischen Blattes darauf hin, daß vom 1. August ab laut Gesetz die Zahlung der Rente in Gold zu erfolgen hat. Unter Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung die Gewalt besitzt, den relativen Wert des deutschen Goldes im Verhältnis zu der Mark zu regulieren, ist sie imstande gewesen, die erdachte Maßnahme des Friedens-

Die letzten Tage von Weimar.

5. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns berichtet:
Auch heute steht noch nicht fest, wie die Nationalversammlung das von der Regierung geforderte Pensum in den wenigen ihr noch zur Verfügung stehenden Tagen bewältigen soll. Präsident Fehrenbach hat ja ganz offen ausgesprochen, daß das Haus über Donnerstag nicht werde zusammengehalten werden können. Aber Erzberger drängt, und die Regierungsparteien haben auch im Sentimentalisch auf das Uebergeordnete. Jetzt ist noch der Entwurf über das Vertriebsgesetz vertriebt worden. Von Seiten der Opposition konnte man am Sonntag hören, daß, wenn es nicht am Montag vorgelegt worden sei, gegen seine Verhängung noch im Sommer protestiert würde. Aber das ist eben die zahlenmäßig schwache Opposition.

Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Reihe kleiner Anfragen, darunter knifflige Wünsche der Regierung nach Veröffentlichung der Akten, die über die Stellung des ehemaligen Staatssekretärs Kühmann in der umstrittenen kritischen Kriegszeit Auskunft geben können; auch gegen die den freien Handel lähmenden Außenhandelsstellen wurde in einer Anfrage der Deutschen Volkspartei protestiert.

Bei der ersten Sitzung des Ermächtigungsgesetzes für die Durchführung der Friedensbedingungen ergriß der Außenminister Müller noch einmal das Wort zu einer kurzen Begründung, in der er auf die technische Notwendigkeit der betreffenden Ermächtigungs- und Entschuldigungsbestimmungen hinweist und dem Unstände gegenüber das Gesetz als einen Ausdruck des guten Willens, seinen Verpflichtungen nach Möglichkeit nachzukommen, charakterisiert. Die Vorlage wird zunächst den Ausschuss befristet. Die Beratung der neuen Volksgesetze nimmt verhältnismäßig wenig Zeit in Anspruch. Es wird alles geschickt und auch eine von der Rechten ausgehende Anregung, die kleinen Zeitungen und Zeitschriften besonders zu berücksichtigen, findet weder bei dem Reichspostminister Giesberts, noch bei der Mehrheit des Hauses Zustimmung.

Dann kam in ständiger Reihe die parlamentarische Weisheit zu Wort, um für die neue Vorlage über Währungsreform einzutreten. Wenn die Rednerinnen sich etwas kürzer gefaßt hätten, würde man die verschiedenen Ausführungen des modernen Standpunktes zu den tiefsten Lebensinhalten und Problemen des Weibes gerne hintereinander gehört haben. Es gab manches Kluge und warmherzige Wort, aber auch viele Gemeinplätze. Für die in den letzten Tagen auch von auswärtig zahlreich herbeiströmenden Tribünenagitate war die Frauenrede natürlich besonders interessant. Ein Zittern der Erwartung ging aber wahrnehmbar durch ihre dichten Reihen, als Präsident Fehrenbach den Namen der Frau Zick aufrufte. Ihr Ziel hat also diese unabhängige Dame erreicht. Sie ist die große Attraktion des Saales geworden. Ganz ohne lärmende und ironische Zwischenrufe geht es bei ihr auch heute nicht ab. Ihre sachlichen Forderungen für alle werdenden und gewordenen Mütter sind teilweise wunderschön, sie sind aber wegen der enormen Kosten, die sogar der Unabhängige Braß als Sachverständiger zugibt, völlig unerfüllbar. Aber das ist Frau Zick gerade recht, schafft es ihr doch den Anlaß, alle 5 Minuten mit ihrem hohen Pathos zu erklären, daß natürlich nicht die jetzige korrupte Regierung und nicht die völlig unfähige Nationalversammlung, sondern nur das zur alleinigen Macht gelangte Proletariat jenes Mütter- und Kinderparadies schaffen können. Bei der Abstimmung wird das Gesetz mit sehr großer Mehrheit angenommen, die radikalen Anträge der Frau Zick werden sämtlich abgelehnt.

Bei der schwülen Hitze, die über dem Saale lastet, sehnen sich nun alle nach der Mittagspause. Da erteilt unvorhergesehen Herr Präsident Fehrenbach dem Reichsministerpräsidenten Bauer, heute zum erstenmal Reichskanzler genannt, das Wort zu einer Mitteilung an das Haus. Es soll tröstlich sein, was der oberste Reichsbeamte zu sagen hat und es ist wohl auch wirklich wünschenswert, daß über gewisse Presse-meldungen Aufklärung gegeben wird. Aber gerade aus seinem Munde wirkten die aus Ober-schleusen berichteten Tatsachen doch besonders

peinlich, und als er die deutschen Truppen für stark genug erklärt, die polnischen Banden, die keine regulären polnischen Soldaten seien, unschädlich zu machen, will auch nicht der leiseste Beifall aufkommen.

Am Nachmittag wird die Tabaksteuer ebenso glatt wie die Erhöhung der Postgebühren beschlossen. In seiner Phantasie sieht man so, wie dem armen deutschen Michel jede Stunde neue schwere Lasten auf den Rücken gepackt werden. Einige kleine Änderungen auf Antrag des Abg. Blund werden vorgenommen. Bei der Abstimmung vereint sich ein Teil der Deutsch-Nationalen mit den Unabhängigen zu der ablehnenden Minderheit.

Das Hauptstück der Tagesordnung, die Reichs-Abgabeordnung, mußte noch einmal auf kurze Zeit zurückgestellt werden, die mit Erledigung verschiedener volkswirtschaftlicher Resolutionen ausgefüllt wurde. Als es dann soweit war, spritzte sich auch die zweite Lesung über die in den Reichsorganismus einschneidende Vorlage wieder zu einem Duell zwischen dem volksparteilichen Abg. Heider-Jessen und Herrn Erzberger zu. Der frühere sächsische Finanzminister bietet noch einmal seine beträchtlichen Fachkenntnisse und parlamentarische Beredsamkeit auf, um die Sache für die von der Vorlage in ihrem Lebensnerv getroffenen Einzelländer zu führen. Er weiß die schwachen Seiten der Erzbergerischen Reform, besonders auch den vielbesagten Optimismus ihres Vaters wohl zu treffen. Aber er stellt denn doch für eine hoffnungslos verlorene Sache, wenn er die „Verreichlichung“ der Steuerverwaltung für unannehmbar erklärt. Dabei scheint er, wenn er sich auf den Widerstand der Einzelländer selbst gegen die Reform stützen will, doch auf etwas schwankenden Boden zu treten. Das wird ihm nicht nur von Erzberger durch sehr genaue Angaben über die Vorgänge bei den verschiedenen Konferenzen mit dem Vizefinanzminister, sondern auch von dem Vertreter der Demokraten, Blund, vorgehalten. Deutlich trat bei diesem letzteren die Auffassung und Hoffnung hervor, daß die Finanzsicherheit die beste Vorbereitung für eine neue allgemeine deutsche Einheit ist. In diesem Sinne war auch die Kritik an der Haltung der Deutschen Volkspartei, die sich doch Erbe einer nationalliberalen, d. h. auch einer Reichseinheitspartei nennt, nicht unberechtigt.

Die Demokraten und Sozialdemokraten hatten sich nun aber in letzter Stunde noch radikaler gezeigt als Erzberger selbst, sie wollen auch gewisse Garantien, die dessen Vorlage für die Zustimmung der Einzelstaaten zu gewissen Einzelfragen der Organisation enthält, herausstreichen. Es gibt dabei eine kleine Senation durch die Erklärung eines preussischen Regierungsvertreters, daß Preußen, wenn die demokratisch-sozialdemokratischen Anträge angenommen würden, das rechtzeitige Zustandekommen des Gesetzes verweigern werde. Erzberger selbst hob hervor, daß die Einzelstaaten sich jetzt mit der Neueinstellung in Reichsvereine abgefunden hätten, und daß mit vielen von ihnen über die Organisation und Personensfrage bereits ein wertvolles Einvernehmen erzielt worden sei. Auch die deutsche Industrie habe die „Verreichlichung“ der Steuerverwaltung warm begrüßt. Der Minister wiederholt zum Schluß noch einmal die Aufforderung an das Haus, jetzt das Opfer zu bringen und begriffliche Bedenken zurückzustellen, um das große Einheitswerk nicht zu gefährden. Eine eigene Gesetzgebung werde im Herbst den Rechten und Ansprüchen der Einzelstaaten in jeder Beziehung Rechnung tragen und auch einen Ausgleichsfond für besondere von ihnen gebrachte Opfer schaffen.

Einigen Eindruck machten in der weiteren Debatte noch die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten und badischen Finanzministers Dr. Birtz, der sich ebenfalls gegen die demokratisch-sozialdemokratischen Zusatzanträge wandte und die Stimmung in Süddeutschland schilderte, die nicht länger dulde, daß man dort unter dem vielschichtig begrifflichen Mißtrauen gegen das frühere Preußen leide. Wenn in Preußen die Steuerverwaltung mit Recht als vielfach rückständig hingestellt werde, so könne davon in Baden und Hessen keine Rede sein, und er wisse dem Reichsfinanzminister Erzberger nur zustimmen, wenn er ein praktisches Einvernehmen mit den Regierungen als den besten Weg bezeichnet, auf dem man zum Ziel gelangen könne.

festen Gebietes demnach unter das Regime der Monarchie kommen wird, mit anderen Worten, daß der gesamte Handel von der deutschen Regierung kontrolliert wird, woraus er mit Recht den Schluß zieht, daß die Einfuhr ausländischer Waren in Deutschland die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen. Er schließt seinen Aufsatz mit der Warnung an alle englischen Firmen, die Handelsbeziehungen zu Deutschland aufzuknüpfen wünschen, äußerste Vorsicht walten zu lassen. Diese Warnung könne nicht oft genug wiederholt werden.

Das letzte Schulkompromiß und die Deutsche Demokratische Partei.

Seines Reiches darf sich jeder rühmen, hat Letztes einmal gesagt. Darum darf unsere Partei ausbrechen, daß sie um die Schulkfrage in den Verfassungsverhandlungen sich recht bemüht hat. Manches Wertvolle ist aus der Arbeit des Ausschusses für die Schule beschloffen worden. Kreisläufe ist gerade in der entscheidenden Frage, in der der Einheitschule nur wenig erreicht. Die Einzelstaaten sind verschuldet; das ist gewiss ein großer Fortschritt. Aber er wird doch beeinträchtigt durch die finanzielle Lage des Reiches. Die höheren Schulen werden zwar theoretisch allen in gleicher Weise geöffnet; aber es wird an Mitteln fehlen, den ärmeren Schülern den Zugang zu ermöglichen. Immerhin darf der Fortschritt beachtet werden.

Die soziale Einheitschule ist beantragt; die nationale Einheitschule aber ist abgelehnt. Sie war gewissermaßen bis zum Abschluß des sogenannten ersten Kompromisses, das Zentrum und Deutsche Demokratie geschlossen hatte, dem aber die Sozialdemokratie nicht beizugibt. Nach dieser Vereinbarung sollte überall die einheitliche Volksschule bestehen; in Orten aber, in denen ein reiches geerbtes Schulwesen besteht, sollte es ausbleiben werden, daß unter anderen Gesichtspunkten für den Ausbau auch der des Volksschulwesens beachtet werden sollte, wenn die Erziehungsberechtigten es wünschten. Das sollte aber keineswegs in den Gemeinden, sondern durch die Landesparlamente entschieden werden. Die Vereinbarung lautete: Ob und in wie weit beider Gliederung der Volksschule auf Antrag der Erziehungsberechtigten die Kinder des gleichen Einkommens vereinigt werden können, entscheidet die Landesparlamente.

Warum die Sozialdemokratie dem nicht zustimmt, ist nicht zu verstehen, wenn sie wirklich der freien Willensentscheidung der Erziehungsberechtigten soviel Gewicht beimißt, wie sie behauptet. Sie hätte ja nur zu beantragen brauchen, daß nebenbei auch die Kinder der Religionen vereinigt werden können. Diesen Antrag mußte das Zentrum annehmen, und die Demokratie hätte der Gleichheit wegen ihn nicht abgelehnt. Statt dessen haben nun Zentrum und Sozialdemokratie, sobald sie in der Regierung allein waren, ein zweites Kompromiß auf ganz anderer Grundlage abgeschlossen. Dieses hat die einheitliche Volksschule dreifach gestellt: in der Gemeinde zu Gemeinde in das Ermessen der Erziehungsberechtigten, ob sie eine gemeinsame oder eine getrennte Volksschule einrichten wollten. Der Wille der Erziehungsberechtigten sollte unangetastet darüber entscheiden. Zwar hätte man eine gewisse Einschränkung aufnehmen können; soweit ein geordneter Schulbetrieb damit vereinbar ist. Bedenkt man aber, daß doch ein geordneter Schulbetrieb möglich ist, wenn auch nur eine Klasse abgetrennt werden kann, so kann man ermeinen, wie wenig die Einschränkung bedeutet.

Man hat der Deutschen Demokratischen Partei insofern eine Schuld an dieser Vereinbarung beizumessen, als sie eben aus der Regierung ausgetreten sei. Dabei wird aber doch am besten überdacht, was gemeint. Die Demokraten sind wegen der Friedensfrage aus der Regierung ausgetreten. Es war schließlich unentbehrlich, daß in dieser Frage eine Regierung innerlich abgestimmt sein durfte. Es war eine amicable Verhandlung, daß die Demokraten ausgetreten. Das Zentrum hat die Lage sofort für seine Zwecke ausbeutet. Immermehr aber durfte sich die Sozialdemokratie über das alte Kompromiß hinaus auszurückeln lassen. Dieses kann heute in das Zentrum nur mit den stärksten politischen Druckmitteln, mit dem Hinweis auf den Abfall des Reiches und Oberbühnen erreicht. Es hatte das erste Kompromiß angetan; es war daran gebunden, und man hätte an ihm festhalten müssen. Daß das Zentrum in dem neuen Kompromiß ein Angebotsverständnis an die religionslose Schule machte, muß als bedeutungslos bezeichnet werden.

Das zwischen Zentrum und Sozialdemokratie abgeschlossene Kompromiß ist von allen anderen Parteien in der zweiten Lesung der Verfassung nicht bekräftigt worden. Für die Demokratie traten Dr. Seiffert, Dr. Juppe und Weik. Vor allem hat die Rede Dr. Seifferts, des sachkundigen sachlichen Schulpolitikers, außerordentlich eindringlich gewirkt. Die Kolonialpolitik der Kritik war die, daß man meinte, die Demokratie für eine Vereinbarung zu gewinnen. Unannehmliche Verhandlungen haben schließlich zu einem dritten Kompromiß geführt, dem die demokratische Partei in ihrer Mehrheit zustimmt hat. Es ist das unbefriedigbare Verdienst unserer Unterhändler, daß wenigstens in einem Maße das zweite Kompromiß verbessert worden ist. Zunächst ist man wieder darauf zurückgekehrt, daß die Volksschule die Gemeinwirtschaftliche ist. Der Satz: Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf — ist als Richtschnur beibehalten. Kreisläufe bleibt es nach wie vor eifernden Rechts und Unabhängigen vorbehalten, Anträge auf Sonderbeschulung ihrer Kinder zu stellen. Es ist aber immerhin etwas erspähert, wenn ein besonderer Antrag gestellt werden muß. Dazu kommt, daß die Abtrennung erst dann eintreten darf, wenn der innere Schulausbau eine gewisse Vollendung erreicht. Der Ausbau der Schule soll die Anlagen der Kinder berücksichtigen. Es müßte also zunächst für die Schwachenabenden soviel als für die Quäbehalten durch besondere Klassen gesorgt sein, ehe man besondere Schulen für die Be-

kenntnis aber für die Bekanntheit einrichten darf. Die neue Bestimmung weist auf den orantischen Ausbau, der nicht beinträchtigt werden darf, ausdrücklich hin. Es kann auch nicht jede Gemeinde tun was sie will. Das Nähere bestimmt vielmehr die Landesgesetzgebung. Und für diese werden in einem Reichsgesetz die Grundzüge aufgestellt.

Darauf wird nun alles ankommen, daß das Reichsgesetz die Aufgaben der Schule nachdrücklich fester. Die Deutsche demokratische Partei wird an dem Ausbau des Reichsgesetzes mitwirken. Sie wird sich dieser Pflicht nicht entziehen. In dem Gesetz sollen die Gebiete, in denen die Gemeinschaftsschule heute schon gesetzlich besteht, besonders berücksichtigt werden. Nach der Erklärung der Regierung wird man dort den Bestand dieser Schulform sichern, eine etwa angeordnete Umänderung wesentlich erleichtern.

Weittrauende Aneinanderreihung hat das Zentrum von der Sozialdemokratie auch in der Frage des Privatunterrichts erreicht. Das ist umso auffälliger, als die Sozialdemokratie anderwärts die Privatstudien einfach verbieten will. Auf Grund der neuen Bestimmungen werden die kirchlichen Privatstudien, die Mütter- und Ordensschulen in den katholischen Ländern in reichem Maße entfallen. Die evangelische Kirche hat dem nichts Technisches zur Seite zu stellen; sie wird aber jedenfalls auch bemüht sein, wo es ihr möglich erscheint, kirchliche Privatstudien einzurichten. Neben religiöser Gemeinschaft, aber auch jede kirchlichamerikanische Weltanschauung, die Gewicht darauf legt, daß die Kinder bereits in ihrem Geiste von den andern abgehoben werden, kann Privatstudien errichten. Auch an dieser Stelle also der Privatstudien stellt sich die Deutsche demokratische Partei will um des Grundrisses der Freiheit willen die Privatstudien auslassen; aber einer die Schule zerbrechenden Privatstudien kann sie nicht zustimmen. Daß den staatlichen Behörden kein Recht, die Genehmigung zu verweigern, gegeben wird, überläßt die Grenzen, die hier zur Sicherung der Schulsicherheit gezogen werden müssen. Die demokratische Partei hat deshalb den zwischen Zentrum und Sozialdemokratie vereinbarten Bestimmungen nicht zustimmend.

Mit besonderem Interesse hat sie den Artikel über die Schule überhaupt ausgemittelt, obwohl deren erste Fassung im wesentlichen ihr Wert gewesen ist. Sie erwartet von der politischen und der erzieherischen Einsicht des Volkes selbst, daß die Verfassungen, die durch einzelne Bestimmungen der Verfassung entstehen müssen, sich nicht in bloßen Umfängen befähigen. Sie erwartet vielmehr, daß doch schließlich der Gedanke der inneren Zusammengehörigkeit überall alle Bestrebungen der Verfassung überwinden wird.

Die Polenputz in Oberschlesien.

Die Kämpfe gegen die Insurgenten bei Kattowitz und Weußen.

(Eigener Drahtbericht.)

Kattowitz, 19. Aug. Gegenwärtig ist im Abschnitt Kattowitz die Lage so, daß Kattowitz als fest in den Händen unserer Truppen gelten kann. Die Insurgenten sind in der Gewalt der Insurgenten gefangen. Gegenwärtig sind die Truppenverhältnisse fast die Aufgabe, die verloren gegangenen Teile dieses Bezirks wieder zu erobern und eine feste Grenzlinie zu errichten.

Aus dem Weußener Bezirk wird gemeldet: Gegen Abend wurden starke Anstöße in der Gegend von Klein, Gotsula, Orzeszow, Sosenwalde, Schomberg und besonders Kubiernitz gemeldet. Die Truppen des 10. Infanterie-Regiments nahmen an der Säuberung der Gegend teil. Friedensbrüche, Schießereien, Mord und Mordanschläge. Für Weußen wurde für alle Fälle ein größeres Truppenaufgebot bereitgestellt. Die Nacht verlief ruhig. Gegen Morgen wurden Teile des Detachements Salmann und des Regimentes 88 bei Kattowitz, Kattowitz und in der Gegend von Schomberg, Orzeszow und Posenot eingesetzt, um die dort verbliebenen Insurgenten zu vertreiben. Nützliche Berichte über den Erfolg dieser Unternehmungen liegen noch aus. Im Weußener Bezirk blieb das Militär der 2. Armee. Ein Bataillon Verstärkung ist einmarschiert.

Kattowitz, 19. Aug. (Wolff.) Absolut ist jetzt in den Händen der Reichswehr übergeben. Den Anführern gelang es, vereinigt kleine Gruppen nach längerem Gefecht in Folge Mangel an Munition zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Hoffnungen mehrmals erörtert. So ist der Führer der eingeleiteten Kompanie auf dem Wege nach Jmeln in einem Hinterhalt zum Opfer gefallen. Die Erbitterung der Truppen, die ihre oberste Pflicht dem Vaterland, kennt diesen hinterhältigen Feinden gegenüber, keine Grenzen. Der größte Teil dieser Truppen ist stundenlanges Feuergefecht mit großer Heftigkeit. Es ist dringend notwendig, daß fortgesetzte Truppenverpflichtungen in das Aufstadium geführt werden, schon um die Grenzen ordnungsmäßig zu besetzen und eine Verbindung der Insurgenten und Polen unmöglich zu machen. Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Koszyn, Schopitz, Janow und Gieschwald mit bewaffneten Bänden, die mit Maschinengewehren und schillernder Munition versehen waren, statt.

Weußen, 19. Aug. (Wolff.) Weitere militärische Verstärkungen sind gestern in Oberschlesien angekommen. Ein Detachement rückte gestern in Schomberg ein und säuberte den Ort, wobei 19 Personen festgenommen und Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen wurden. Jetzt herrscht dort Ruhe. Die Insurgenten haben sich nach Wobret zurückgezogen. Karja wurde im Laufe des Tages gesäubert und von den Truppen nach Kampf besetzt. Auch hier wurden Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen. Gegen Kamin bei Weußen sind militärische Unternehmungen im Gange, da hier Det. noch zu säubern ist. Die Schließung wurde gestern von Truppen besetzt. Gegen Spine, das teilweise noch aufzuräumen ist, sind militärische Unternehmungen eingeleitet. Der Gottardisch, der in der Hand der Insurgenten war, wurde gestern genommen. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Weitere Unternehmungen sind im Gange gegen Gieszow, Gotsula sowie in Richtung Orzeszow. Fortgesetzt werden Transporte von Gefangenen aus der Weußener Gegend eingeleitet, von denen unzweifelhaft feststeht, daß sie sich am Aufbruch beteiligen haben.

Berlin, 19. Aug. (Eig. Drahtber.) Die gestern erfolgte Verkündung des Standrechts in Oberschlesien hat die Stilllegung der letzten, noch in Tätigkeit befindlichen Gruppen zur Folge gehabt. Seit heute früh ist daher eine vollständige Arbeitsruhe in Oberschlesien zu verzeichnen. Die Zahl der Auswärtigen ist auf 150 000 gestiegen. In Folge der Stilllegung der letzten Gruppen ist die Arbeitsruhe ganz unterbrochen und die noch bis gestern in Tätigkeit befindlichen Gruppen von 1000 Waggons Eisenbahn sind vollständig aufgehört.

Berlin, 19. Aug. (Eig. Drahtber.) Die von anderer Seite verbreitete Nachricht, daß das preussische Kabinett heute an einer Beratung über die obersteinsten Voraussetzungen aufzunehmen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die meisten Mitglieder der preussischen Staatsregierung sind ausenblicklich von Berlin abwesend.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Eröffnung der Sitzung um 10.05 Uhr. Kurze Anfragen.

Eine Anfrage des unabh. Abg. Seeger behandelt die Fürsorge für die vertriebenen Elsaß-Lothringer. Geh. Rat Wesler erwidert, die Notlage dieser Vertriebenen sei der Reichsregierung bekannt. Die Hilfsaktion sei dem Reichsminister übertragen worden. Es werde auch Erwerbslosenunterstützung gewährt. Besonders Augenmerk werde auf die Arbeitsvermittlung gerichtet. Ebenso können Darlehen zur Wiederherstellung der Existenz gewährt werden. Ein Gesetz zur Regelung der Frage sei in Vorbereitung.

Die nächste Anfrage des Abg. Riedmiller (Soz.) behandelt die Notlage der während des Krieges aus der Schweiz einberufenen deutschen Wehrmänner, die jetzt infolge des Einreiseverbots ihr zurückgelassenes Hab und Gut aus der Schweiz nicht abholen können. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß die Schweiz in dieser Hinsicht entgegenkommend gegenüber sei. Auf die Anfrage des Abg. v. Gräfe (D.M.), ob die Reichsregierung bereit sei, das Aktienmaterial zu veröffentlichen, das über die Tätigkeit des früheren Staatssekretärs Kühlmann Aufschluß gebe und das unbedingt notwendig sei zur richtigen Beurteilung der Vorgänge, die i. Zl. in der Nationalversammlung besprochen worden seien und welche Anlaß gegeben hätten zu den bekannten Erklärungen Dr. Michaelis, Eidenburgs, Lubendorfs und Dr. Helfferichs, erwidert ein Regierungsvertreter, daß dieses Material dem Reichsminister zugänglich gemacht werde. Inwiefern letzteres der Fall sein könne, unterliegt zurzeit der Prüfung, da nach internationalen Brauch die Veröffentlichung nicht ohne das Einverständnis fremder Regierungen erfolgen könne.

Geh. Rat v. Wesler beantwortet dann eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.), was zur Behinderung der wagnisreichen Abwanderung deutscher Kunststoffe ins Ausland, die im Zusammenhang mit dem schlechten Stand unserer Wäلتe stehe, in Aussicht genommen sei, damit, daß gezielte Maßnahmen in Vorbereitung seien.

Die Außenhandelsstellen, die laut Anfrage des Abg. Duag (D. Sp.) eine außerordentliche Erhöhung des Handels mit sich brächten, sollen nach Mitteilung der Regierung nur insoweit bestehen, als sie notwendig erscheinen, um wirtschaftliche Unternehmungen zu vermeiden. Ein wiederholte Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann beschäftigt sich mit dem bekannten Fall Mannheimer-Berlin. Sie wird von Geh. Rat v. Wesler dahin beantwortet, daß die französischen Soldaten nicht in Schußhaft genommen, sondern von der Polizei gegen die errante Menage geschützt worden, nach der Polizei abbracht und dort über ihre Personalien vernommen worden seien. Kameraden hätten sie dann nach der Schloßstadt abbracht. Die zur Verhaftung gehörigen Personen seien als exterritorial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung könne leider keine Vorkehrungen treffen, um die Wiederkehr solcher unliebsamer Vorfälle zu verhindern. Bei der gegenwärtigen Lage unserer politischen Verhältnisse seien wir leider nicht imstande, für die Verhaftung der Schuldigen einzutreten, die durch Ruhe. Wir sind die Sieger. Nur die Schwärze! das Publikum erwartet und den einzelnen Anlauf aus dem bedauerlichen Vorkommnis abzulenken hätten.

Es folgte die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über Entschuldigungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages in Verbindung mit der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag. Beide Vorlagen werden dem Haushaltsausschuß überwiesen, nachdem Reichsminister Müller auszuführen hatte: Die erste Vorlage wird der Reichsregierung die rechtliche Grundlage zur Durchführung einer Reihe von Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird durch ermächtigt, soweit nicht eine freiwillige Aufgabe notwendigere Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages abzuleiten sind, erfolgt, diese für das Reich aus annehmlichen Entschädigungen zu entscheiden. Zu diesem Zweck wird ein beschleunigtes Entscheidungsverfahren eingeführt werden. Der Zweck des zweiten Entwurfes erachtete sich aus der Ueberschrift und den näher angezeigten einzelnen Abschnitten (Geldverbindlichkeiten, Lieferungen, Schwebverträge usw.) während der Sommerpause der Nationalversammlung soll die Regierung auch dringliche gefahrliche Maßnahmen treffen können. Es folgte die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes über die Postgebühren

in Verbindung mit der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Postgesetzes und des Gesetzesentwurfes über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Die §§ 1 bis 8 des Entwurfes über die Postgebühren werden ohne Erörterung angenommen. Zu § 4 beantragte der Abg. Hugo (D. Sp.) die Beibehaltung des bisherigen Rechts, die Befreiung von der beschriebenen Reichsabgabe für Postboten und Zeitboten, die unter Kreuzband verpackt werden. Direktor Lange vom Reichspostministerium erklärt, daß bisher von der Presse noch keine entsprechenden Wünsche geäußert worden seien. Ferner habe die festgesetzte Doppelabgabe zu demartigen Wünschen geführt, daß die Beibehaltung des jetzigen Zustandes von der gesamten Beamtenschaft für unmöglich gehalten wird. § 4 wird unter Ablehnung des Antrages Hugo angenommen, desgleichen der Rest des Gesetzes, sowie ein Antrag, daß bereits am 1. Januar 1920 die Einführung der Gewichtsmaßstäbe für Druckmaschinen und Geldzettelpapier auf 500 Gramm vorzunehmen sei, daß ferner ein baldiger Entwurf einzuführen sei, durch den alle Postgebühren freiheitlich aufgehoben und das Postverkehrsverfahren befreit wird. Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz zur Änderung des Postgesetzes wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzesentwurf über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Das Gesetz über Wagenbeihilfe und Wägeninnenfürsorge findet in zweiter und dritter Lesung gleichfalls Annahme. Naturgemäß brechen zu diesem Gesetz die weiblichen Abgeordneten, die fast ausschließlich Grundbesitzerinnen sind, aber auch bedauern, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr getan werden könne. Der Präsident schloß vor die Sitzung abbrechen. Der polnische Zustand in Oberschlesien. Reichsminister Bauer nimmt das Wort zur folgenden Erklärung:

Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über eine friedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Agitatoren einen gewalttätigen bewaffneten Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die heutzutagesten Nachrichten im Umkreis. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die alarmierenden Nachrichten erheblich übertrieben sind. Um 12 Uhr mittags ist die Mitteilung eingetroffen, daß das Generalkommando Herr der Lage sei. Wo polnische Truppen einmarschiert sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiet südlich der Linie Weußen-Abzweigung haben sich noch polnische Bände auf, die noch nicht gefest sind. Regelmäßige polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Mitteilung des Generalkommandos tritt auch die Nachricht von der Besetzung von der Lage Herr zu werden. Es gibt nationalpolnische Kreise in Oberschlesien, die befürchten, daß die Volksstimmung zu ihren Ungunsten ausfallen könnte, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bemühungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag entsprechend eine wirksam unbehinderte unparteiische Entscheidung seitens Oberschlesiens erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die obersteinsten Bevölkerung vor solchen nationalpolitischen Angriffen zu beschützen. Es geht mit zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Forderungen entspricht, daß die polnischen Truppen sich nicht beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken. Darauf verlas ich das Gens auf nachmittags 4 Uhr.

Die deutsche Republik.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 19. Aug. Nach einem Besuch des Reichspräsidenten der Nationalversammlung ist die Vereidigung des Reichspräsidenten Ebert auf Donnerstag den 21. August, nachmittags 6 Uhr, festgesetzt worden.

Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 19. Aug. Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung am nächsten Samstag von Weimar nach Berlin zurückkehren.

Der Anleihebrief.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 19. Aug. Der Entwurf eines Gesetzes über einen Anleihebrief für das Rechnungsjahr 1919 in Höhe von 9 Milliarden Mark wurde im Hauptauschuss angenommen mit einem Aufschub, der dem Reichsfinanzminister ermächtigt, eine Präliminanz auszusuchen, die mit steuerlichen Vorarbeiten ausgearbeitet sein kann.

Der Leiter der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Aug. (Wolff.) Ministerialdirektor Kauffner hat gestern die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes übernommen.

Die großhüttingische Frage.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 19. Aug. (Wolff.) Reichspräsident Ebert stattete am Montag der Landesregierung in Rudolstadt einen Besuch ab. Es wurden hierbei eine Reihe schwebender Fragen durchgesprochen, wobei sich volle Uebereinstimmung der Ansichten erab. Insbesondere das tarifmäßige Einwirken des Reichspräsidenten in der Frage der Schaffung eines archidynastischen Staates löste lebhaftes Vertrieben aus.

Einzug der Regierungstruppen in Chemnitz.

(Eigener Drahtbericht.)

Chemnitz, 19. Aug. (Wolff.) Die um Chemnitz vertriebenen Truppen sind heute früh landwies in die Stadt eingezogen. Der Oberbefehlshaber teilte in einer durch Pfleger abgeordneten Besprechung mit, daß die Bewohner der Stadt Chemnitz und Umgebung mit: Nachdem meine Vorlesung vom 11. August zur Waffenablieferung und zur Entlassung der in der Stadt befindlichen Gefangenen bisher in gütlich unangenehmer Weise entgegen wurde, rufe ich heute zur Durchführung der zur Wiederherstellung dauernd geordneter Verhältnisse nötigen Maßnahmen mit den mir unterstellten Truppen ein. Die Bevölkerung erlaube ich, mir Vertrauen zu schenken, die Ruhe zu beobachten, die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen.

Die Eisenbahnarbeiten im Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 19. Aug. Am Saargebiet brachen, wie bereits gemeldet, ernsthafte Eisenbahnstörungen aus. Es wurde ein Aufschub der Eisenbahnarbeiten von Saarbrücken und Burbach unternommen, ebenso fand ein Sturm auf das Gleisvermögen in der Eisenbahnverwaltung statt. Auswärtige Eisenbahnen traten sich zusammen, um sich der Krise der Eisenbahnverwaltung zu bemächtigen. Dieser Angriff ist in der französischen Militärverwaltung mit strengen Maßnahmen, um die Unruhen zu unterdrücken.

Die Kosten der bayerischen U- und S-Bate.

(Eigener Drahtbericht.)

München, 19. Aug. Der U- und S-Rat bezuschlagte seit dem 9. November 1918 Gesamtkosten von 1 1/2 Milliarden Mark.

Badische Politik.

Zur Sozialisierung der Kinos.

Die zurzeit in München tagende Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer. E. B. die weit über 1000 organisierte deutsche Lichtspieltheaterbesitzer aus allen Teilen Deutschlands in der badischen Landeshauptstadt vereinigte, hat an den Badischen Landtag wegen der Sozialisierung und Kammerkassierung der Lichtspieltheater folgende Resolutionen erlassen:

I. Die Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer erachtet die Lichtspieltheater als ein Sozialökonomisches und kommunales Gut und anerkennt, daß sie vor allem nur durch individuelle Leistung gefördert und erhalten werden können, weil sie keine als Kapitalvermögen angesehen, die der Bildung, Erholung und Reizwirkung der breiten Allgemeinheit dienen, nicht etwa als einseitigen Dienst einer zurzeit herrschenden politischen Richtung ausüben dürfen. Von dem Grundgedanken aus, daß jede künstlerische Schöpfung der Kinos ein caritas Lieber dort er-

findet, verlangen die deutschen Theaterbesitzer, im ersten Bestreben durch Selbsthilfe alles von ihren Theatern fern zu halten, was den Massen schädlich sein könnte, von jeder Sozialisierung absehen, die den Ruin eines großen Teiles minder art erstellter Staatsbürger bilden würde.

Die Theaterbesitzer, die selbst im Kampfe mit dem Kapitalismus der Stokkerleiber und Stokkerleiber stehen, rechnen bestimmt in diesem Krisenstadium auf die Einsicht und Unterstützung der Volksvertretung.

II.

Die Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer erachtet ermächtigt, Proleten gegen die bevorstehende Verstaatlichung eines Teiles der deutschen Filmfabrikation, die sich in der Unterhaltung von soa. Aufführungs- und Schulfilmen zeigt und für die Theaterbesitzer der Allgemeinheit gegenüber die alleinige Verantwortung zu tragen annehmen ist.

Um diesem Uebelstande abzuwehren, bietet der Reichsverband, sofort eine im freirechtlichen Sinne annehmbare und der neuen Zeit entsprechende Reichsfilmbank unter Mitwirkung der Interessentengruppen einzurichten.

Aus der Demokratischen Partei.

In Basel wurde ein Ortsverein der Deutschen Demokratischen Partei gegründet. Eine fastliche Anzahl der dort ansässigen badischen Beamten, die nach der neuen Verfassung zum badischen Landtag wahlberechtigt sind, trat bei.

Aus Baden.

Badischer Schuhmachereisenverband.

Zu der in Offenbach abgehaltenen Tagung des Badischen Schuhmachereisenverbandes hatten sich auch Vertreter anderer Handwerkerinnungen und der Handwerkskammer Freiburg eingeladen. Der Geschäftsbericht erzielte der Verbandsvorsitzende, Stadtrat Wea - Freiburg, der gegen die Verteilung des Leders Einbruch erhob, das vielfach in den Schleichhandel wandert und von dort zu hohen Preisen weiter verkauft wird. Der Vorsitzende teilte mit, daß verschiedene neue Annahmen teils angedeutet wurden, teils in der Gründung begriffen sind. Eine einseitige Ausbaurde erhob sich über die Lederwerkstätten des Schuhmachereisenverbandes. Da der Großhandel vielfach das Leder zurückhält, müsse man auf amerikanischen Leder achten, das außerordentlich teuer sei. Durchaus nicht miffligen Preissteigerungen von 140 bis 170 Prozent auf Schuhwaren eintreten. In einer Entschließung wurde gegen die Aufhebung der Lederwerkstätten Einbruch erhoben. Die Tagung befachte sich dann noch mit der Lehrplang- und Ausbildungsfrage und forderte die Gründung einer Fachschule. Bei den Wahlen wurde der 1. Vorsitzende Wea und der 2. Vorsitzende R. Kall-Baden wiedergewählt; ferner wurde die Anstellung eines Sekretärs beschlossen.

Speyerheim, 19. Aug. Ein mächtiger schwarzer lichter Kraftwagen erzeugt augenblicklich die Aufmerksamkeit der Straßenpassanten. Es handelt sich dabei um einen Leichenkraftwagen, der die Besten von Trauerbüchsen nach der Leichenhalle bringt.

Wilhelmsfeld (Heidelberg), 19. Aug. In Vorderhausen spielte der Licht. Sohn einer Landwirtschaftsfamilie mit einer alten Pistole und setzte ein Hindernis dem Verkehr. Richtig traf ein Schuß. Die ganze Ladung ging mit dem Beschädigten eines neugeborenen Mädchens durch den Leib. Eros sofortiger Operation nach das Kind.

Mannheim, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Der Bürgerausschuß stimmte in seiner heutigen Sitzung noch eingehender Debatte der Neuregelung der Besätze des städtischen Personalrats zu. Die Aufwendungen hierfür im Betrag von etwa 9 Millionen Mark müssen durch eine nachträgliche Millione aufgebracht werden. Die einjährige Laufzeit für 1919 beträgt demnach 67 Wfa.

Waldenbuch bei Eberbach, 20. Aug. Die 60jährige Witwe des Polizeidieners Demald wurde von einem umfingrigen Wagen getötet.

Mundingen (Eppingen), 19. Aug. Der mit seiner Frau schon lange in Unfrieden lebende Nachbar Benzing er hat diese in den Neben erlösen. Benzing überließ die nichtgenügende Frau, die sie zu Boden und gab drei Schüsse auf sie ab, die sofort tödlich waren. Dann eilte er nach Hause und erhängte sich.

Freiburg, 19. Aug. In einer Versammlung der vertriebenen Elsaß-Lothringer wurde lebhaft Klage geäußert über die Behandlung, die man einem Vertreter der Vertriebenen in Berlin habe auf Zell werden lassen. Man habe ihm bei 14 Haftort zurückverwehrt und niemand habe sich für ihn erklärt. Vorwürfe zu machen.

Freiburg, 19. Aug. Die Bauernarbeiter Oberbadens sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie hielten eine Versammlung ab, in der von verschiedenen Rednern dargelegt wurde, daß die Lohnverhältnisse in den oberbadischen Bauern die schlechtesten seien. In einer Entschließung wurde eine Verbesserung der Löhne verlangt.

Staufen, 18. Aug. Die Wägen zeigen einen sehr schönen Behana. Von Malfalkenheit ist keine Spur zu ersehen. Aus anderen Gemeindefeldern zu auch aus Burbach, wird ein reich anstifter Stand der Reben gemeldet.

Vom Schwarzwald, 19. Aug. Allmählich geht nun die Heidelbeerezeit ihrem Ende entgegen. Täglich werden aus den Bodmälungen nach an der Höhe und Eimer voll in die Orte getragen. Der Wald- und Forstwald ist noch immer sehr stark. Der Beerenreichtum ist vielfach zu außerordentlich anroh, daß überhaupt nicht alle Heidelbeeren abgehoben werden können, am häufigsten sind sie in den Privatwäldungen, in den sogenannten „Bauernwäldern“, Einheimische Bauern arbeiten armen Frauen und Kindern gern das Beerenlesen und machen, da ihre Familienangehörigen und die Dienstboten selbst nicht Zeit zum Sammeln finden, die Arbeiterinnen einiger Körbe voll Heidelbeeren zur Bedienung. Da in den Bauernwäldern alle buchstäblich schmerzhaft geerntet ist, fällt das Sammeln nicht schwer und beide Teile kommen auf ihre Rechnung.

Die kleinen Rentner und die Steuer-gesetzgebung.

Von

Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R. Es gibt wohl keine Schicht im deutschen Volk, die durch die gegenwärtige finanzielle Lage so in Angst und Sorge um ihren Lebensunterhalt getrieben ist wie die Männer und Frauen, die von den kleinen Kapitalisten leben müssen oder deren Einkommen doch der Ergänzung durch diese Zinsen dringend bedürfen. Diese Arbeiter und Arbeiterinnen kleiner Vermögen gelten einer einseitigen Betrachtung als Kapitalisten und werden in einer Zeit, in der die Wirtschaftslage so düster ist und die Lebenshaltungskosten so hoch sind, als die Arbeiter und Arbeiterinnen angesehen. Sie verdienen vollständig, daß die

Entstehung eines kleinen Kapitales für den Fall der Erwerbsunfähigkeit für weiteste Kreise
 Die einzige Möglichkeit hat, zu besitzen, daß sie einmal der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Dieser kleineren Selbständiger in Handel und Gewerbe — gerade die gewerkschaftlichen, selbständigen, haben es für ihren Lebenslauf für den Augenblick nicht nur den Notwendigen für den Augenblick zu erwerben, und umschreiben viel Entbehrung und Selbstbeherrschung, umschreiben viel Mühe von Männern und Frauen (des verdienenden Familienmutter) und der verdienenden Familienmutter) steht in den kleinen Kapitalien, deren Besitzer sich dadurch für ihr Lebensende unabhängig machen und dazugegen können wollen, an den Fall zu stellen.

Und nun scheint gerade diesen fähigen, ehrenwerten und fleißigen Mitbürgern die Grundlage der mühsam erworbenen Versorgung erschüttert. Durch die Entwertung des Geldes, die die früheren Berechnungen über künftigen Lebensbedarf umgehoben hat; und die kommende Vermögensabgabe (Reichssteuer) und Kapitalertragssteuer.

Gegen die durch den erwähnten Umstand hervorgerufene Notlage sind zunächst sehr kleiner Kapitalien zu treffen. Sie müssen aber ins Auge gefaßt werden. Man muß etwa an eine Lebensrente unter Beteiligung öffentlicher Organisation oder ähnlicher Einrichtungen denken. Diese Rente muß später Erbschafts- und Einkommensteuern bezahlen. Heute handelt es sich um die steuerliche Befreiung bei der die Rente der kleinen Rentner unbeschadet befreit werden muß.

Nur ist es in den notwendigen Rentenrenten nicht genügend bekannt, daß der 5. 25 des Gesetzes über das Reichssteuerwesen einen Schutz der kleinen Rentner bietet, der bei einer Sonderabgabe viel zu leisten vermag. Dieser Paragraph hat, daß ein Abgabeschutz, dessen Vermögen nicht über ein bestimmtes Maß beträgt, die Abgabe ganz oder teilweise gestundet werden kann, falls er ohne Befreiung seines Lebensunterhaltes zur Entrichtung der Abgabe nicht in der Lage ist oder falls sich um die Befreiung seiner Vermögensgegenstände handelt, die eine besondere Härte enthält. Diese günstige Stellung kann im Falle des notwendigen Bedürfnisses auch nach dem Tode des Abgabepflichtigen bis zum Ableben des überlebenden Ehegatten ganz oder zum Teil fortgeführt werden.

Dieser Paragraph bietet, bei richtiger Anwendung, schon manchen Schutz. Er wird aber meist nicht beachtet. Vor allem dadurch, daß auch nach anderer Vermögensverhältnisse als der Ehegatte in den Kreis dieser Einkommensteuer kommen. Die Einkommensteuer der Ehegatten können auch zu denen gehören, die auf das vom Ehemann oder der Ehefrau ererbte Kapital anzurechnen sind, weil sie kein Lebensunterhalt haben oder erwerben können. Das Einkommensteuer wird auf die Sicherung einer humanen Durchführung dieses Einkommens ansetzen sein. Das Gesetz über die Einkommensteuer, welche die Einkommensteuer der kleinen Rentner vorzunehmen, sie beruhen auf ihnen. Ihre Ansprüche geltend zu machen. Hier entsteht für die gemeinnützigen Rechtsanwaltsstellen, insbesondere auch für die Frauenvereine, eine wichtige Aufgabe. Denn es wird sich zum sehr großen Teil bei diesen kleinen Kapitalien um Frauen handeln. Das Verhalten der Frauenvereine, sich ganz besonders dieser Frage anzunehmen. Auch die Vertretung der Frauen in der Nationalversammlung wird sich dieser Frage annehmen und bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes und der Kapitalertragssteuer die Rücksicht geltend machen, um die Lage dieser vom Einkommen steuerlich belasteten Frauen zu verbessern und sie vor Einkommensteuer zu schützen.

Auswärtige Staaten.
Englands Kriegsgewinn.
 (Eigener Drahtbericht.)
 Paris, 18. Aug. Die französischen Postämter sind enttäuscht, daß England die erste Gelegenheit, die sich bot, den Balfour-Brief zu arbeiten zu lassen, im allgemeinen unannehmlich hat. Diese Anzeichen betreffen die Erneuerung des englisch-serbischen Extratraes, wobei es England mit allen Mitteln verhindern hat, sich die ehemals Rumänien gehörende Teile Serbiens noch anzueignen. Serbien hat heute bereits eine englische Kolonie demontiert. Diese Anzeichen erlaube sich England im allgemeinen vorzunehmen, ohne nach dem Balfour-Brief zu fragen. Der allein dazu bestimmt sei, diese Kräfte zu lösen. Das gleiche Spiel habe England in Kleinasien und Persien getrieben, wobei alle Rechte Frankreichs verkannt und zerstört wurden. Einige Pariser Blätter fordern die Regierung offiziell auf, gegen eine solche Mißachtung des Völkerrechts vorzugehen.

London, 19. Aug. (Reuter.) In seiner Rede im Unterhaus, die drei Stunden dauerte, behauptete Lloyd George die Lage auf den Gebieten des Handels und der Industrie. Er betonte, daß das Land einer Katastrophe gegenüberstehe, wenn die Erzeugung nicht erheblich verbessert werde. Ueber die Kohlenberauberei sagte Lloyd George, die Regierung habe sich dafür entschieden, daß der Staat das Mineralrecht beansprucht, das er jedoch nicht die Veranlassung erwirbt oder ausbeutet. Es würden Gesetzentwürfe eingebracht werden, um die Wohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern, und ihnen einen größeren Anteil an der Kontrolle und Ausbeutung der Kohlenwerke zu geben. Ueber den Handel freudig, sagte Lloyd George u. a. die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen am 1. September an.

England — Belgien „Freund“.
 (Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 19. Aug. Laut „Allg. Handelsbl.“ schreibt „Globe van Antwerpen“: Die Folge davon, daß Belaien aus Vaterlandsliebe keinen Handel mit Deutschland treibt, sei die, daß die Engländer in Deutschland allerlei Produkte aufkaufen und sie in Belaien mit großem Gewinn weiterverkaufen.

Die Bezeugung Deutsch-Westungarns durch österreichische Sicherheitsorgane.
 (Eigener Drahtbericht.)

Wien, 19. Aug. (Wolff.) Nach einer Meldung des Wiener Anzeiger-Bureaus habe der Hauptkonsul in einer Sitzung, an der die Mitglieder des Komitees teilnahmen, die westungarische Frage. Der Konsul sprach sich für die Einweisung der Rote des Staatskonsulars Nummer vom 14. August, in der er den Obersten Rat der Verbündeten ermahnt, die Bezeugung Westungarns durch deutsch-österreichische Sicherheitsorgane auszusprechen, genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

Wien, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Das rumänische Pressebureau meldet: Gestern nachmittags fanden in Budapest mehrere Versammlungen statt, in denen gegen die Bezeugung Westungarns durch deutsch-österreichische Sicherheitsorgane protestiert wurde. Ministerpräsident Friedrich Tischaer antwortete auf das rumänische Pressebureau das Ergehen um bedeutungsvolle Bezeugung Westungarns durch rumänische Truppen.

Der Streit um das Tschener Gebiet.
 (Eigener Drahtbericht.)

St. Germain, 19. Aug. (Wolff.) Anlässlich der heftigen Differenzen zwischen den Polen und den Tschechen, die die Abgrenzung der polnischen Reichs-Gebiete in der westungarischen Provinz ungenügend zu beeinflussen drohen, hat Staatskanzler Dr. Renner der Präsidenten der Schlichtungskonferenz in einem Privatgespräch neuerlich auf die Vorklage der Deutsch-Österreichischen Friedensdelegation aufmerksam gemacht, in denen die Neutralisierung des Ost- und Tschener Gebietes am 2. Dezember 1918, in dem Schreiben darauf hin, daß es der Einigkeit der Konferenz anheim gestellt sei, zu verbinden, daß die politischen Differenzen zweier Staaten, die ohnehin schwer gefährdete Kohlenversorgung eines dritten Staates noch mehr einschränken oder gar unterbinden.

Amerika und der Friedensvertrag.
 (Eigener Drahtbericht.)

London, 18. Aug. „Manchester Guardian“ meldet aus Washington: Es sieht sehr, daß die Senatsmehrheit dem Friedensvertrag ablehnend gegenüber steht bis der Völkerbundsentwurf abgeändert ist. Am Dienstag wird Wilson der Senatskommission in eigener Sitzung näheres über den Vertrag mitteilen, wonach eine endgültige Stellungnahme des Senates zu erwarten sein wird.

Washington, 18. Aug. An der Börse am 18. August das Gerücht, daß Wilson die Forderung des Senates auf Änderung des Völkerbundsprogrammes um Teil annehmen wird, um die Ratifizierung des Friedensvertrages in acht Tagen herbeizuführen.

Der kaiserliche Ententevortrag gegen die Sowjetregierung in Russland.
 (Eigener Bericht.)

Warschau, 19. Aug. Mit Ausschluss von Polen haben sich fast alle russischen Randstaaten auf Verträge der Entente und mit deren Unterstützung auf einer Union vereinigt, deren Zweck es ist eine russische kaiserliche Regierung zu schaffen. Die Sowjetregierung wird nicht mit dieser Staatensatzung befreit werden. Es ist das Ziel der Alliierten, so schnell wie möglich Petersburg zu erobern. Der sogenannte Rückzug auf Befehl von Paris aufzuheben. An der Front sind neue Truppen ankommen und es wird in nächster Zeit eine neue Offensive vorbereitet. General Denikin erhielt ebenfalls Befehl, seine Truppen anzureufen zu lassen. Die Bolschewiken sollen von allen Seiten in die Enge getrieben werden. Mehr als 600 russische Flieger stehen zur Verfügung, um die Lager der Sowjettruppen zu bombardieren.

Genf, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In Paris traf der Vertrauensmann des Admirals Koltzoff ein. Er bringt eine für den Kaiserreich bestimmte Liste von Forderungen mit, von deren vollständiger Erfüllung Koltzoff abhängt, ob er weiterhin mit Denikin gemeinsam arbeitet.

Die Amerikaner in Sibirien.
 (Eigener Bericht.)

Washington, 18. Aug. Der amerikanische Gesandte Morris, der für die Regierung die Verhandlungen in Sibirien unterhalten und feststellen sollte, ob die Unternehmung Koltzoffs durch Amerika fortgesetzt werden müsse, telegraphierte, daß die amerikanischen Truppen in Sibirien unbedingt verstärkt werden müßten. Industrielle Unternehmungen müßten sofort begonnen werden, da Arbeitskräfte in Sibirien in hunderttausenden Mangel seien, die eine ausreichende Erzeugung finden könnten. Tausende von Kriegsgeschehen sollen in Sibirien bleiben und sich niederlassen. Japan beginnt ein gefährliches Konkurrenz zu werden. Koltzoffs Einfluß sei im Abnehmen begriffen, da durch die abzunehmenden Delegationen seiner Truppen die Bevölkerung den Glauben an seinen Sieg verloren hätte; er müsse daher reichlich mit Truppen und Material unterstützt werden, da die amerikanischen Interessen dort sonst nicht ausgeführt werden könnten. Morris hat Verhandlungen mit Koltzoff und Denikin begonnen und beide verständigt, daß es gut sei, wenn sie sich zu gemeinsamer Abwehr der Bolschewiken vereinigen und eine geschlossene Front bilden, zumal die Bolschewiken nicht beabsichtigen, nach Sibirien vorzurücken. Denikin hat Koltzoff jede Unterstützung zugesagt, doch hoffen beide auf baldige Hilfe von Amerika. Die Regierung hat Morris Vorklage gedrückt und große Mengen Material nach Sibirien geschickt. Koltzoffs Truppen in Stärke von 4000 bis 6000 Mann sind bereits unterwegs.

Gegen Japan.
 (Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 19. Aug. Den englischen Mätern vom 16. August zufolge meldet eine drablose bolschewistische Delegation aus Moskau, daß auf einer dort abgehaltenen Versammlung von Koreanern beschlossen wurde, alle in Russland und Sibirien lebenden Koreaner gegen Japan zu mobilisieren, um die Japaner aus Korea und Sibirien zu vertreiben.

Letzte Nachrichten.

Keine Kohlenlieferungen an Frankreich.
 (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Aug. Die heutige Morgenpost meldet, daß die Kohlenlieferungen an die Entente eine auch von der „Frankf. Ztg.“ aus Genf, wonach die „Agence Havas“ der französischen Presse mitteilt, daß die Kohlenlieferungen aus dem Angebiet begonnen hätten, und daß im ersten Monat über die vereinbarte Menge hinaus über 1 Million Tonnen geliefert würden. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, entspricht die französische Pressmeldung nicht den Tatsachen. Bisher ist in den noch stehenden Verhandlungen über die Kohlenlieferung kein Einvernehmen erzielt worden. Irreführende Lieferungen sind bis jetzt noch nicht erfolgt. (Die Havas-Meldung ist weiter nichts, als ein Versuchsballon, um durch deutsche Überbringer gegen die Angaben herauszufinden, wieviel Kohlen etwa die Kohlenlieferer liefern könnten. Red.)

Wahlsturz und Kartellverbot.
 (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Aug. Der Wahlsturz an der Schweizer Börse hält dauernd an. Heute früh fiel die deutsche Mark in den ersten Vorkursen bereits um 2 Punkte und am 28. um 26. Der Grund liegt in immer neuen Markverläufen, herrührend aus den anstehenden riesigen Umläufen ausländischer Gelder. Der Kurssturz erstreckt sich nicht nur auf die deutsche Mark, sondern trifft auch alle Orientpapieren, abgesehen vom Doller.

London, 19. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Die Markvaluta ist in England weiter gefallen und betrug gestern 8 1/2 für den Pfund. Der Wert der Mark beträgt demnach nur 3 Pence.

Wiederaufnahme der brasilianisch-deutschen Handelsbeziehungen.
 (Eigener Drahtbericht.)

Bern, 19. Aug. (Wolff.) Gemerter Blätter melden, daß nach der Aensia Americana die brasilianisch-deutschen Handelsbeziehungen wieder aufgenommen sind.

Verband Südwestdeutscher Industrieller.

Nachdem am 11. ds. Mts. eine Sitzung der Abteilung Westdeutschland und eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes vorausgegangen waren, trat am 12. August in „Rahmberg“ der Vorstand des Verbandes zusammen. Der Vorstand des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller unter dem Vorsitz des 1. Verbandsvorsitzenden, Kommerzienrat Stöckel, aus allen Bezirken des Verbandes abgeordnet von Vertretern der Bezirke: Staatsrat Schulz, der Generaldirektor der Badischen Staatsbahnen, Staatsrat Dr. Krenel, der Leiter der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Ministerialrat Dr. Steinbrenner vom badischen Finanzministerium, Kommerzienrat Dr. Scheffelmeyer vom badischen Ministerium des Auswärtigen und Kommerzienrat Dr. Garbe vom Ministerium der Innern, ferner der stellvertretende Direktor der badischen Außenhandelsstelle, Vater-Dinkel.

Nachdem einleitend über eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten verhandelt, über die Abänderung von § 7 der Verbandsstatuten (Erhöhung der Mitgliedsbeiträge) Beschlüsse gefaßt und Vertreter des Verbandes in den Vorstand des Südwestdeutschen Industriellenverbandes delegiert worden waren, wurde einsehend über die Kohlenversorgung der südwestdeutschen Industrie verhandelt. Nach einem Bericht des Verbandsvorsitzenden Dr. Krenel, Mannheim, ergriff der Generaldirektor der badischen Staatsbahnen, Staatsrat Schulz das Wort zu bedeutsamen Ausführungen. Ueber die derzeitige Lage des Kohlenmarktes und die Frage der Kohlenversorgung berichtete er zunächst Kommerzienrat Stöckel, Konstanz. Seinen sachverständigen Mitteilungen und Winken folgte die Versammlung mit größter Aufmerksamkeit. Allgemein wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß für den Hausbrand im kommenden Winter nach Möglichkeit nur Holz verwendet werden sollte, um Kohlen für andere Verwendungszwecke zu sparen.

Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete die Energieversorgung des badischen Landes. Anknüpfend wurde die Denkschrift bekannt gegeben, die auf Grund von Verhandlungen auf der 22. ordentlichen Plenarversammlung des Direktoriums vom Verbandsvereinbarung mit der badischen Gesellschaft auf Lebensdauer von Dampfwerken an die badische Regierung abgeleitet worden war und u. a. die Anregung zur Gründung eines „Landesenergie-Ausschusses“ enthielt. Anschließend daran erläuterte die auf die Denkschrift erfolgte Antwort des badischen Arbeitsministeriums zur Verlesung.

Darauf wurde Stellung zum Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft angenommen. Zum Gesetzentwurf sprach Oberingenieur Gleitsmann, Sigmund Dr. Krenel und der wasserbautechnische Beirat des Verbandes, Dipl.-Ing. K. A. Karlsruher. In der Aussprache ergriff als erster der Leiter der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Staatsrat Dr. Krenel das Wort zu längeren Ausführungen zum Gesetzentwurf und zur Frage der Energieversorgung. Es wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß nach Möglichkeit die allgemeinen Interessen bei der Elektrizitätsversorgung schon viel früher ins Auge gefaßt habe, als irgend jemand sonst.

Das Direktorium befahte sich darauf mit den neuen Reichssteuererfassungswesen, die den Himmel folgender Entschickung an, die der Deutschen Nationalversammlung in Weimar telegraphisch übermittelte wurde.

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller erhebt ebenfalls energischen Widerspruch dagegen, daß die sämtlichen jetzt im Entwurf vorliegenden Steuererträge in kurzer Zeit durchzusetzen und zur Annahme gebracht werden, ohne daß die Betreffenden von Industrie und Handel Gelegenheit und die Möglichkeit geboten wird, eine sachgemäße und einsehende Prüfung der Vorlagen an Hand von Unterlagen und insbesondere durch eine ausreichende Befragung von Sachverständigen vorzunehmen.

Eine einsehende Durchberatung und Prüfung der Steuererfassungswesen in der parlamentarischen Ausschüssen, sowie eine dadurch ermöglichte Beachtung und Berücksichtigung der Sachverständigen-Gutachten der einzelnen Berufsorganisationen ist aber um so notwendiger und dringender erforderlich, als bei der Aufstellung der Gesetzentwürfe im Reichsfinanzministerium in der Sachverständigen-Gutachten, während man die tiefenführenden wirtschaftlichen Wirkungen, die die Entwürfe im Falle ihrer unbedenkten Gesetzbildung nach sich ziehen dürften, nur sekundär gewirkt hat.

Was die Industrie betrifft, so müssen wir auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß sie im allgemeinen vollkommen von vorne anfangen muß, da ihr durch den unglücklichen Ausbruch des Krieges die ausländischen Absatzmärkte verloren gegangen sind und sie die Beschaffung der benötigten Rohstoffe vor unvorstellbar außerordentlichen Schwierigkeiten stellt. Einmal kommt, daß die ganze unheimliche Steigerung der Arbeitslöhne, Gehälter und Materialpreise und die Entwertung unserer Währungen die Industrie aminal, das Mehrfache des früher ausreisenden Betriebskapitals zur Verfügung zu haben, wenn sie versuchen will, die Betriebe wieder einermachen in aufsteigende Entwicklung zu bringen.

Diese Umstände erheben unter Umständen eine doppelte sorgfältige parlamentarische und sachverständige Prüfung der vorliegenden Gesetzentwürfe, zumal die weiter wirkenden Grundideen der bisherigen Kriegsteuererfassung wohl einer Zeit ihre Entstehung verdanken, die vor dem für uns unglücklichen Ausbruch des Weltkrieges liegt.

Nerner sei darauf hinzuweisen, daß bei dem neuen Steuerentwurf nicht die acrimalen Rücksichten auf die bereits erfolgten starken Kürzungen der Bundesstaaten und der Gemeinden auf Einkommen und Besitz bestehen.

Der Verband Südwestdeutscher Industrieller bittet aus den darzulegenden Gründen dringend, den Berufsorganisationen von Industrie und Handel Zeit und Möglichkeit zu gewähren, nach einsehender Befragung ihrer sachverständigen Mitglieder freier über die vorliegenden Gesetzentwürfe auf sachlich Stellung nehmen zu können.

Auf jeden Fall bitten wir, bei Durchberatung der Gesetzentwürfe auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte entzweigend berücksichtigen und namentlich die Wirkungen der Gesetzentwürfe im Hinblick auf die wirtschaftliche Gestaltung der Volkswirtschaft der Industrie in richtigem Maße werten zu lassen.

Nerner erfolgte eine Erörterung des sogenannten Rheinvertrages der Vereinbarungen über die militärische Beziehung der Rheinlande) und der hierdurch sich ergebenden Verhältnisse. Legationsrat Dr. Scheffelmeyer gab hierzu in überaus klarer Weise wichtige Erläuterungen.

Einschend wurde schließlich über die Förderung der Ausfuhr und Einfuhr der badischen und südwestdeutschen Industrie und verschiedene damit zusammenhängende Fragen verhandelt und über die Tätigkeit der badischen Außenhandelsstelle berichtet.

Aus dem Stadtkreise.

Die Fahnen des 14. Armeekorps sind, wie bereits berichtet worden ist, nach Berlin gebracht worden. Von ausländischer Seite wird hierzu mitgeteilt, es handle sich dabei lediglich um eine Vorübernahme, da Anfangs Juni bei einer Anwesenheit in der Entente erachtet werden mußte. Ueber die endgültige Unterbringung der Fahnen schweben derzeit noch Verhandlungen.

Verhungernde Kinder. Die in unserer Geschäftsstelle eingereichte Sammlung für die dem Hunger toten Kinder im Erzgebirge hatte am ersten Tage ein hübsches Ergebnis. Freilich aus allen Schichten der Bevölkerung gingen Gaben ein; neben der Kaiserin-Marie einer heiligen großen Firma prangt das Scherlein der Witwe. Weitere Spenden werden gerne entgegengenommen. Am Schluß der Sammlung werden wir darüber berichten.

Goldene Hochzeit. Oberpostinspektant Wilhelm Weinmann Eheleute feiern am 19. ds. Mts. ihr goldenes Hochzeitsjubiläum.

Unfälle. Am Stadtbühl Darlanden warf am Montag ein Volksschüler einen Stein auf den Boden, der einen Unterlehrer durch den Rücken traf. Der südliche Unterlehrer fuhr am Montag nachmittag ein mit einem beladenen Lastauto infolge des Ausfalls des Motors in die Alb. Der Chauffeur konnte noch rechtzeitig absteigen und kam mit dem Schrecken davon. Das Auto wurde durch eine Dampflok-Kollision aus der Alb gerettet.

Verhaftet wurde ein 26-jähriger Konditor aus Bern, der wegen Unterschlagung vom Amtsanwalt 2 in Konstanz zur Verhaftung ausgeschrieben war.

Konzert im Stadtpark. Heute Mittwoch, nachmittags von 4—8 Uhr, findet im Stadtpark ein Konzert der Grenadiertabelle statt. (S. d. Anzeiger.)

Kaffee Bauer. Heute abend 8 Uhr findet großes Sonderkonzert der Kammerkapelle Graner statt. (Siehe die Anzeiger.)

Varietéschau. Auf dem Gotesauer Erkerplatz eröffnet Direktor D. Traber am Donnerstag, 21. August, abends 7/8 Uhr eine Varietéschau der Freilichtbühne mit ersten Künstlern. Das Nähere befaßt die Anzeiger.

Residenz-Theater. Die Spielpläne der Residenz-Theater in der Zeit vom Mittwoch bis einschließlich Freitag lauten: „Waldstrafe“. Das viertägige Monogramm, Drama in 4 Akten. „Die große Erbschaft“, Lustspiel in 2 Akten, außerdem sonntags interessante Vorführungen. Schillerstrafe: „Die Dame der Lenzel und die Probierkammer“, ein vieraktiges Lustspiel. „Die Rufe der Semiramis“, Schauspiel in 4 Akten, nach einer altägyptischen Sage. Kaiserstrafe am Duldacher Tor: „Anmitten der Dämonen“, und der Wild-West-Schlager „Die Gombos vom Abenteurer“, in 3 Akten.

Standesbuch-Auszüge.

Tafelberg, 18. Aug. Babette Mathes, alt 81 Jahre, Vater von Joh. Mathes, Deiser; Anna, alt 8 Jahre, Vater Eduard Sobelwiler, Ref.-Richter; Vertrud, alt 4 Jahre, Vater Joh. A. Kuhn, Finanzverf.; Rosa Lauenbacher, ledig, alt 44 Jahre, alt 19. Aug.; Elita Kenter, ledig, Kontoristin, alt 29 Jahre.

Verdammung und Trauerhaus erwaglicher Verbrechen.
 Mittwoch, 20. Aug., 4 Uhr: Babette Mathes, Deiser-Witwe, Lustspiel.

Sport — Turnen — Wandern — Reisen.

Der Radlauf, den der Kaiserinportierband Karlsruhe am vergangenen Sonntag veranstaltete, wurde, wie bereits von uns gemeldet, von der Mannschaft des F.C. Phönix-Altenheim gewonnen. Der an sich bedeutende Sturz eines Läufers der Mannschaft des Karlsruher Fußball-Laufers der Mannschaft des Karlsruher Fußball-Laufers in der 7. Staffel hatte feinerlei Einfluß auf das Gelingen des Laufes. Der F.C. Phönix führte von Anfang an das Rennen und konnte, ohne sich ganz ausgeben zu müssen, sicher mit etwa 15 Meter Vorsprung gewinnen. Mit diesem Sieg gelang der F.C. Phönix endgültig in den Besitz des von der Stadt Karlsruhe gestifteten wertvollen Wanderpreises, da der Verein den Staffellauf 8 mal hinter einander gewinnen konnte.

Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc.

beseitigen wir vollständig mittelst unseren noch nie versagten Spezialmitteln, selbst da, wo schon viele Mittel ohne Erfolg angewandt waren.

Versicherungs-Institut gegen Ungeziefer
 Philippstraße 25 F. Höllstern, Markgrafenstr. 52 p.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Keine Zwangsberücksichtigung des Herbstobstes. Amlich wird mitgeteilt, daß von einer Zwangsberücksichtigung des Herbstobstes in diesem Jahr abgesehen wird.

Zwangsberücksichtigung der Kartoffelernte.

Berlin, 19. Aug. (Börsf.) Dem Vernehmen nach werden von verschiedenen Seiten arge Klagen in Verbindung mit den neuen Ernte bedingungen.

Roggenkleinbrot.

Das Ministerium des Innern hat den Bäckern gestattet, aus Roggen auch Kleinbrot im Gewicht von 100 Gramm herzustellen.

Auchen aus amerikanischen Mehl.

Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß die Versorgungsbedürfnisse aus dem amerikanischen Weizenmehl befriedigt werden können.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Giffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Berliner Börse.

Berlin, 19. Aug. Bei hochgradiger Geschäftstillung war die Kursveränderung an der Börse wenig beachtlich. Montanwerte erfuhr anfangs, mit Ausnahme der Mehrzahl der oberirdischen, mächtige Rückgänge.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for date (18. Aug., 19. Aug.), item names (e.g., Schantungb., Gr. El. Straßbahn), and prices.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for date (18. Aug., 19. Aug.), item names (e.g., Badische Bank, Darmst. Bank), and prices.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

Table with columns for date (18. Aug., 19. Aug.), country (e.g., Holland, Dänemark), and exchange rates.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 19. Aug. Da wesentlich neue Momente, die auf die Haltung der Börse einen Einfluß hätten haben können, nicht vorlagen, war keine Veränderung der Stimmung zu verzeichnen.

Kaufmanns nicht in Einklang zu bringen sei. Die rüchle in europäischen Zeitungen über Verhältnisse in Amerika, um Deutsche Kredite zu gewähren, entsprechen in der ungeführten Form nicht den Tatsachen.

Washington, 18. Aug. (Fig. Bericht.) Die rüchle in europäischen Zeitungen über Verhältnisse in Amerika, um Deutsche Kredite zu gewähren, entsprechen in der ungeführten Form nicht den Tatsachen.

Gründungsfeier in Rumänien. Die kaum anders zu erwarten war, hat der für Rumänien, weitgehend nach rumänischer Auffassung glücklich ausgegangene Krieg dort ein Gründerära eingeleitet.

Large advertisement for 'Weinbrand Cognac' featuring a bottle image and the text 'Goldstück' and 'Jacob Stück, Nachfolger Hanau'.

Advertisement for 'Lehrerin oder Lehrer gesucht' by Dr. Weißblum, including contact information and details of the search.

Advertisement for 'Elita' by Familie Theodor Zenker, mentioning a death and funeral service.

Advertisement for 'Gute Lederholzschuhe' and 'Zerrissene Strümpfe' by Fritz Moll, including contact information.

Advertisement for 'Karl Schmidt' as a street railway official, including a thank-you note and contact information.

Advertisement for 'Sanften langanhaltenden Schnitt' by Karl Hummel, featuring a safety razor image.

Advertisement for 'Schreibmaschinen' and 'Durlach' by Riedel & Co., including contact information.